

Robert Katzenstein

Jelzin und wie weiter?

An sich wollte ich mit diesem Artikel eine Lanze für Heinz Jungs Kritik an Gorbatschow (Z-Nr.5) brechen. Dann kam der Putsch und machte neue Überlegungen nötig. Soll man einen geschlagenen Mann noch kritisieren? Ich denke doch. Es geht hier nicht um Gorbatschow, sondern um die Entwicklungsprozesse, die nun einmal mit seinem Namen verknüpft sind, weil er die Weichen neu gestellt hat. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Die Ursachen für die allgemeine Krise, in die die Sowjetunion gefallen ist, hat nicht Gorbatschow zu verantworten, sondern seine Vorgänger. Er hat nur die Konsequenzen daraus gezogen, daß der Sozialismus ohne Demokratie und Markt nicht mehr weiter zu entwickeln war. Gorbatschow allein hatte den Mut, von einem relativ kurzen Intermezzo Chruschtschows abgesehen, dieser Erkenntnis Taten folgen zu lassen. Das ist ihm hoch anzurechnen. Gorbatschow hat jedoch mit der Umsetzung seiner Erkenntnisse in die Praxis begonnen, ohne zu wissen wie das zu bewerkstelligen sei, wie Markt, Demokratie und Sozialismus zusammenzubringen seien und welchem Platz dabei dem Plan noch zukomme. Auch für die Lösung der gefährlichen Verkrampfungen zwischen den Blöcken hatte er keine Konzeption. Er verließ sich darauf, daß sich die Dinge schon regeln würden, wenn der Knoten erst einmal durchschlagen worden sei. Es wurde drauflos gewerkelt und das ist dann ja auch schief gegangen. Das Land fiel in die Krise, wurde unregierbar. Das Ergebnis war der Putsch konservativer Hohlköpfe, der seinerseits den Weg für die Machtübernahme durch Jelzin bereitete und dieser wird das Land wahrscheinlich auf schnellstem Wege in den Kapitalismus führen. Jung hat also völlig recht.

Was mich an der Entwicklung am meisten betroffen hat, war die Erkenntnis, daß der größte Teil der Führungsschicht in der Sowjetunion - und in den sozialistischen Ländern ganz generell - den wissenschaftlichen Gehalt des Marxismus zwar oberflächlich aufgenommen hatte, aber ihn nicht anzuwenden verstand. Es ist doch selbstverständlich, daß wirtschaftliche Disproportionen nicht nur im Kapitalismus Krisen verursachen. Ebenso selbstverständlich sollte es sein, daß auch aus Sachzwängen heraus gewachsene Strukturen disproportional sind, wenn diese Sachzwänge, etwa das Wettrüsten, aufgelöst werden und wieder normale Verhältnisse Platz greifen. Man muß nicht einmal Marxist sein, um das zu wissen. Jeder Politiker kennt die Krisen, die sich am Ende eines großen Krieges durch den Wegfall des Rüstungsmarktes und die Demobilisierung der Armeen ergeben haben, oder er sollte sie wenigstens kennen, denn diese Probleme spielen auch bei den Abrüstungsverhandlungen, zumindest

als Hintergrundüberlegung, eine Rolle. In der Sowjetunion gab es mehr Disproportionen als nur die durch das Wettüben entstandenen. Man wußte um das Ausmaß der Aufgaben, die allein aus der Umgestaltung der wirtschaftlichen Strukturen auf das Land zukommen mußten. Dennoch ging man die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft ohne Konzeption an, ohne zu wissen, wie das zu bewerkstelligen und wie die daraus folgenden sozialen Probleme zu bewältigen seien. Auch noch haarsträubende Fehler wurden dabei gemacht. Anstatt sich mit den RGW-Partnern ins Benehmen zu setzen und gemeinsam die Öffnung zum Weltmarkt und die entsprechende Neuorientierung der RGW-Strukturen vorzubereiten, überließ man die Auflösung der gewachsenen RGW-Strukturen dem spontanen Prozeß und ließ so die strukturellen Probleme für alle ehemals sozialistischen Länder sich vervielfachen. Von Bundeskanzler Kohl erwartet man nicht unbedingt strukturgerechtes Handeln. Man ist nicht überrascht, wenn er glaubt, die Lösung der Probleme den Selbstheilungskräften des Marktes überlassen zu können, er ist kein Marxist. Aber von Gorbatschow?

Natürlich hatte Gorbatschow wenig Zeit um neue Konzeptionen zu entwickeln, er mußte die Umgestaltung radikal in Angriff nehmen, wenn der Versuch nicht wieder versickern sollte. An diesem Zwang zeigt es sich, daß Demokratie wirklich unerlässlich ist. Nur in demokratischen Verhältnissen können sich neue Ideen entwickeln, reifen und Mehrheiten anstreben; letzteres ein Prozeß, der die Menschen geistig auf die neuen Verhältnisse vorbereitet. Unter demokratischen Verhältnissen wäre eine stetige Evolution des Sozialismus möglich gewesen. Gorbatschow aber war zur Revolution der Verhältnisse gezwungen, und das geht nie ohne Bruch ab. Ohne seine Konzeptionslosigkeit hätte diese Revolution aber nicht zwangsläufig in einer Restauration kapitalistischer Verhältnisse münden müssen. Gorbatschow ist gescheitert. Er wollte den Sozialismus verbessern und hat dem Kapitalismus den Weg geebnet. Er wollte den Frieden, aber es gibt heute mehr begrenzte Kriege in der Welt als je zuvor in den letzten Jahrzehnten und selbst ein Atomschlag scheint wieder denkbar. Er hat das bestehende Sicherheitssystem nicht durch Abrüstung verfestigt, sondern es zur Auflösung gebracht. Gorbatschow hat neue Horizonte sichtbar gemacht, aber ob er sie auch wirklich eröffnet hat, ist mehr als fraglich geworden.

Jelzin, dem die Macht zufallen wird, ist ein energischer und praktisch veranlagter, aber ein skrupelloser und brutaler Mensch. Sein Verhalten nach dem Zusammenbruch des Putsches war gegenüber Gorbatschow schäbig und zugleich ein Griff zur Macht, der einem Staatsstreich ähnelt. Dabei hat Jelzin bei weitem nicht das Format von Gorbatschow. Gorbatschow ist der Mann mit dem weiten Blick, der Stratege, der neue Ziele stellen kann. Jelzin ist nur der Praktiker, gut geeignet, neue Ziele zu verwirklichen, aber unfähig, sie zu stellen. Ein guter zweiter Mann, aber brutal und skrupellos genug, um die erste Stelle zu usurpieren. Gorbatschow hat ihm den Weg bereitet. Jelzins praktischer und zupackender Charakter wird für das

praktische Handeln besser geeignet sein als Gorbatschows intellektuell begründete Zögerlichkeit. Aber Jelzin hat ebensowenig eine Konzeption, wie Marktwirtschaft und Sozialismus zu verbinden sind, wie Gorbatschow. In seiner praktisch orientierten Sicht- und Handlungsweise bedeutet Marktwirtschaft Rückkehr zum Kapitalismus. Dieses Fehlen an wissenschaftlicher Vorstellungskraft wird erst einmal dazu führen, daß sich die wirtschaftliche und soziale Krise im Lande verschärft.

Die erste Maßnahme Jelzins wird wahrscheinlich eine Währungsreform sein oder jedenfalls eine Stabilisierung des Rubels. Diese Maßnahme könnte von Marx diktiert worden sein, wenn sie nicht als unabhängige Initialzündung in den Raum gesetzt worden wäre. Marx hat eingehend genug entwickelt, daß das Geld keinen eigenen Wert hat; ausgenommen als Edelmetall, denn dieses ist auch noch zu etwas anderem zu gebrauchen als nur zu Geldzwecken. Papiergeld aber erhält seinen Wert nur durch die Waren, deren Kauf es vermittelt. Kann es diese Funktion nicht mehr in ausreichendem Maße ausüben, so verliert das Geld seinen Wert. Dann lohnt es sich auch nicht mehr, für Lohn zu arbeiten, die Arbeitsmotivation fällt weg, die Wirtschaft beginnt zu verfallen; sie fällt letzten Endes auf das Niveau des blossen Tauschhandels zurück. In einer entwickelten arbeitsteiligen Wirtschaft spielt das Geld also eine zentrale Rolle. Jelzin hat das begriffen und deshalb wird er den Wert des Rubels heben.

Was Jelzin nicht erkannt hat und was ihm seine Berater nicht nahegebracht haben, ist die entscheidende Seite der Produktion in diesem Zusammenhang. Der theoretische Vater des Geschehens ist deshalb nicht Marx, sondern Milton Friedman, dessen Theorien schon in Chile und anderswo Schiffbruch erlitten haben. Geld verliert seinen Wert nämlich nicht nur, wenn man übermäßig viel davon in den Umlauf pumpt - das war einer der großen Fehler Gorbatschows -, sondern es verliert ihn auch dann, wenn der Geldumlauf gleich hoch bleibt, aber zu wenig Waren auf den Markt kommen. Das Geld spielt also tatsächlich eine zentrale Rolle, aber sein Wert ist die abgeleitete Variable. Die Stabilisierung des Geldwertes muß von einer Stabilisierung und Erweiterung der Produktion begleitet sein, sonst ist sie nicht von Dauer. Die Produktion ist von entscheidender Bedeutung.

Ohne stabile Produktionsbasis wird die Stabilisierung des Rubels die wirtschaftliche und soziale Krise in der Sowjetunion zunächst erheblich verschärfen. Eine harte Währung - die Einführung der DM in der DDR hat das wieder gezeigt -, legt nicht nur alle Fehlentwicklungen bloß, sondern sie beseitigt generell die Grundlage, auf der sich Fehlentwicklungen halten können. Das muß zwar sein, aber es vertieft die Krise und es läßt daher auch Strukturen obsolet werden, die bei normalen Marktverhältnissen durchaus rentabel wären. Überreaktionen, die sich in jeder Krise bemerkbar machen und die die Produktion im konkreten Fall auf einen neuen Tiefstand drücken werden.

In den Griff wäre die allgemeine Krise nur zu kriegen gewesen, wenn die Strukturwandlung aus dem Wachstum heraus erfolgt wäre oder erfolgen würde. Dazu wären, neben der Geldreform, die alten Planungsmechanismen und -apparate nötig gewesen. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die alte Auffassung von gesellschaftlicher Wirtschaftsplanung war falsch, ihre Mechanismen und -apparate müßen beseitigt werden. Es sind jedoch noch keine besseren Apparate und Vorstellung von dem notwendigen Wirkungsmechanismus vorhanden. Das ist aus dem Wachstum heraus nur dann möglich, wenn die für die Versorgung der Bevölkerung, die Regenerierung und Erneuerung der Produktionsbasis, die Infrastruktur usw., nötigen Bereiche am Laufen gehalten und - immer am Markt orientiert -, erweitert worden wären. Ohne die eingespielten alten Organisationsschemata und -apparate war das nicht zu machen. Das war vorauszusehen. Eine Volkswirtschaft ist kein theoretisches Gebilde, sie lebt, wird von lebendigen Menschen gestaltet, die sich in veränderte Verhältnisse erst hineinfinden müßen. Ein solcher Übergang muß organisiert werden, man kann ihn nicht dem Selbstlauf überlassen.

Nehmen wir als Beispiel die Landwirtschaft. Sie hat einen Produktionszyklus, der im Frühjahr und im Herbst natürliche Arbeitsspitzen aufweist, deren Bewältigung von der Zufuhr zusätzlicher Arbeitskräfte abhängt. In keinem Land der Welt ist das anders. Ohne den Zustrom mexikanischer Arbeitskräfte könnten die kalifornischen Farmer ihre Ernte nicht einbringen. Überall in den kapitalistischen Ländern spielen solche Spitzenzeiten der Produktion bei Aussteigern und Gelegenheitsarbeitern aller Art für den Erwerb ihres Lebensbedarfs eine große Rolle. Diese Zufuhr saisonaler Arbeitskräfte reguliert sich im Kapitalismus über den Arbeitsmarkt. Anders in der Sowjetunion. Dort wurden zur Erntezeit Studenten, Soldaten, auch andere Werktätige aufs Land geschickt; die entsprechenden Institutionen stimmten ihre eigenen Arbeitszyklen schon bei der Planung auf diese Erntehilfe ab. Die sowjetischen Reformer haben diese periodische Hilfe für die Landwirtschaft eingestellt und die Bauern einfach auf den Arbeitsmarkt verwiesen, einen Arbeitsmarkt aber gab es noch gar nicht. Die Bedingungen dafür waren noch gar nicht gegeben. Solange die Menschen nicht bis zu einem gewissen Grade verelendet sind oder sich von der Wanderschaft Vorteile erhoffen, begeben sie sich nicht auf die Wanderschaft, um anderswo Gelegenheitsarbeit zu suchen. Zu einem funktionierenden Arbeitsmarkt gehört nicht nur der Bedarf sondern auch das Angebot von entsprechenden Arbeitskräften; unter Umstellungsbedingungen natürlich auch ein Ort bzw. eine Vermittlungsstelle, auf die man Landwirte wie Arbeitskräfte verweisen kann. Von allen diesen Komponenten war nur der Bedarf da. Die notwendige Armut hat sich erst später eingestellt. Ich will hier gar nicht von der Notwendigkeit reden, auch den Abtransport der Ernte und ihre Verarbeitung zu organisieren. All diese gewachsenen Strukturen ohne Rücksicht auf die gegebenen Bedingungen dem Selbstlauf zu überlassen, mußte die Versorgungskrise bringen.

Die gleichen Probleme tauchten in allen anderen volkswirtschaftlichen Bereichen auf. Überall glaubte man an die Selbstheilungskraft des Marktes als Wundermittel, zerstörte die alten Planungsstrukturen oder ließ sie konzeptionslos weiter wirken, anstatt sie bewußt zur Neugestaltung der Strukturen zu nutzen. In der alten planwirtschaftlichen Weise. Natürlich wird die alte Form der Planwirtschaft dadurch, daß sie auf diese Weise eine nützliche Funktion erhält, nicht besser als sie vorher war. Ihre Untauglichkeit zur Bewältigung der notwendigen strukturellen und innovativen Prozesse ist hinlänglich bewiesen. Aber sie ist in dieser Übergangsperiode notwendig, um die Produktion auf gewisser Höhe zu halten, die mit der Umstellung verbundenen sozialen Probleme nicht lawinenartig anschwellen zu lassen, um die Versorgung der Bevölkerung auf gegebenem Niveau sicherzustellen und auch um marktfähige Produktionen zu erweitern. Auf dieser Basis hätte dann die Entwicklung neuer Formen der Planung und Organisation der Produktion beginnen können, ohne daß sie von einer völligen Desorganisation der Produktion begleitet worden wäre.

Auf die Planung selbst wird man zwar nicht verzichten können, aber die bisherigen Vorstellungen von gesellschaftlicher Planung waren falsch. Man muß neue entwickeln. Dabei wird man trennen müßen: Einerseits die Entwicklungsplanung ganz allgemein. Ein grober Raster, der nur die großen Linien der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt, die man heute nicht mehr dem Selbstlauf überlassen kann ohne große, fast nicht wiedergutzumachende Schäden in Kauf zu nehmen und Lebensqualität zu zerstören. Man denke hier nur an die Verkehrs-, die Energie-, die Bau-, Umweltplanung usw. Zum anderen die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion. Sie muß ganz anders gestaltet und von der staatlichen auf die betriebliche Ebene verlagert werden. Verzichtet kann man auf sie jedoch nicht. In Bereichen mit Produktionen von gesellschaftlichen Größenordnungen muß die Produktion planmässig organisiert und gestaltet werden. Das ist unerlässlich. Unternehmen mit zehntausenden von Arbeitskräften, mit Produktionszahlen die in die Millionen von Tonnen bzw. Stück gehen, deren Einzugsbereiche für Rohstoffe und Abnehmer bis in andere Kontinente reichen, können ihre Produktion ohne konsequente Planung gar nicht mehr rationell betreiben.¹

Ganz abgesehen davon aber sind solch gewaltige Aufgaben wie der forcierte Ausbau der Konsumgüterindustrie und die Neustrukturierung der Wirtschaft ohne Konzentration der gesellschaftlichen Kräfte nicht zu bewältigen. Ohne zentrale Planungs- und Lenkungsmechanismen aber sind diese Kräfte nicht in der notwendigen Weise zu konzentrieren. Diese Erfahrungen hat die Sowjetunion selbst schon gemacht; bei der Industrialisierung, während des Krieges, beim Wiederaufbau. Es ist aber auch eine allgemeine Erfahrung. Deutschland hat sie gemacht als es, nach dem

¹ Vgl. dazu auch Elmar Altwater, Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, 36ff.

Überfall auf die Sowjetunion, die Rüstungsproduktion plötzlich drastisch steigern mußte.² England hätte 1940 die Produktion schneller Jäger ohne Zusammenfassung der entsprechenden Planungs- und Leiteinrichtungen nicht im erforderlichen Ausmaß steigern, d.h. die Luftschlacht gegen Deutschland nicht gewinnen können.³

Natürlich ist das ein Vorwurf der nicht allein und nicht einmal in erster Linie den Reformern gemacht werden muß, sondern der in viel höherem Maße schon ihre Vorgänger im Amte trifft. Ihnen wäre eigentlich die Aufgabe zugefallen, und sie hätten auch die notwendige Zeit dazu gehabt, die Gorbatschow dann unter Zeitdruck bewältigen mußte. Ihre Aufgabe wäre es auch gewesen, den Fortschritt der Produktivkräfte voranzutreiben, denn nur dadurch sind auch die Mittel und Kräfte freizusetzen, die für die Lösung anstehender Aufgaben notwendig sind. Bei der o.a. Steigerung der Produktion in Deutschland während des Krieges wurde durch einen planmäßig in Angriff genommenen und zentral gesteuerten Prozeß konsequenter Produktivitätssteigerungen nicht nur die Kriegs-, sondern ebenso die Konsumgüterproduktion sprunghaft auf ein Vielfaches des vorherigen Standes gesteigert⁴, trotz enormer Bombenschäden. Das zeigt die Bedeutung, die dieser Prozess für die Entwicklung der gesellschaftlichen Leistungspotenzen hat. Schon Karl Marx stellt den technischen Fortschritt, im ersten Band des *Kapital*, als die einzige Methode zur Steigerung des relativen Mehrwerts dar, die keine Grenzen kennt. Jede andere Methode stößt auf natürliche Grenzen, namentlich auf die Grenze der verfügbaren Arbeitskräfte. Steigerung des relativen Mehrwerts aber ist nur der den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechende Maßstab für die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums. Ausgerechnet die Kommunistischen Parteien, die sich wie keine anderen auf Marx berufen haben, aber nutzten dieses Instrument zur Lösung ihrer Probleme nicht, sondern sie entwickelten ihre Länder extensiv. Sie stießen folglich auch auf die Entwicklungsgrenzen, die schon Marx abgeleitet hatte. Im Gegensatz dazu nutzte der Kapitalismus, dem man die Fähigkeit dazu abgesprochen hatte, den technischen Fortschritt, um eben die von Marx geschilderten Grenzen zu durchbrechen, die ihm bei der Lösung der vom Systemwettbewerb gestellten Aufgaben im Wege standen.⁵ Ein Widersinn. Den Reformern muß

² Vgl. Hauptausschuß Maschinen beim Reichsminister für Bewaffung und Munition (Hrg.), *Fließende Fertigung in deutschen Maschinenfabriken*, Essen 1944

³ Vgl. John Colville, *Downing-Street-Tagebücher 1939-1945*, Berlin(West) 1989

⁴ Vgl. Hauptausschuß..., a.a.O.

⁵ Diese Durchbrechung der Entwicklungsgrenzen ist für den Kapitalismus übrigens gesetzmäßig. Marx hat das ebenfalls schon im ersten Band des *Kapital*, im Kapitel über das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, nachgewiesen. Es ist unverständlich, wieso manche Marxisten in dieser Beziehung Entwicklungsgrenzen annehmen. Solche Grenzen gibt es nicht. Das Kapital muß zur Planung, zu zentralen Steuerungs- und zu staatlichen Regulierungsmechanismen usw. übergehen, also lauter Formen, die den individuellen Gestaltungsraum der Profitproduktion einengen. Es ist

man freilich vorwerfen, daß sie zwar kluge Vorstellungen hatten, aber die marxistische Theorie, der sie anhängen, ebensowenig auswerteten, wie ihre Vorgänger.

Bei Jelzin, dem Nachfolger Gorbatschows in der Macht, besteht die Gefahr, daß er nicht nur die Krise vertieft, sondern auch noch das wirtschaftliche Entwicklungsniveau des Landes herabdrückt. Jelzin setzt auf die Privatisierung der Produktion. In einigen Wirtschaftsbereichen, bei Dienstleistungen und im Handwerk, auch in der kleineren Industrie, bringt das sicherlich Vorteile. In der DDR hat man in den sechziger Jahren damit gute Erfahrungen gemacht und rückschauend muß man sich überhaupt fragen, ob Art, Umfang und Tempo der Verstaatlichungen und Genossenschaftsbildungen nicht Fehler waren. In der Großindustrie sieht das anders aus. Dort geht es nicht um einzelne Betriebe, die relativ unabhängig im Markt stehen, sondern um ganze Produktionsketten, deren reibungslose Zusammenarbeit Grundlage der Rationalität ihrer Produktion ist. Durch die Privatisierung werden diese gewachsenen Produktionsstrukturen mit Sicherheit zerrissen. Großinvestoren, die bestehende Produktionsketten übernehmen und so auch eigentumsmäßig zusammenbinden könnten, verfügen über eine eigene, gewachsene Produktionsbasis. Sie wollen sich in der Regel nur Teilbereiche angliedern, die sich dort einpassen lassen. Kleinere Unternehmer verfügen wiederum nicht über die notwendige Finanzkraft. Private Interessen greifen schon aus diesem Grunde immer kürzer als staatliche. Von der Großindustrie und ihrer Entwicklung aber hängt die Dynamik der Gesamtentwicklung ab. Insofern wird die Krise verschärft. Es werden aber auch die Zusammenhänge der Großproduktion zerrissen. Zurück bleibt eine Fülle geschrumpfter Einzelunternehmen. Es kommt hinzu, daß Jelzin den Auflösungsprozeß der Union unterstützt. Auch dadurch werden gewachsene Strukturen geschädigt. Ein Teil der neuen Republiken wird sich, genau wie die früheren RGW-Staaten, strukturell an die EG anzubinden versuchen. Die Industrie wird also mehr oder weniger auf mittlere und kleine Unternehmen reduziert werden. Nur dort, wo ausländisches Großkapital interessiert ist, werden sich große Produktionskomplexe halten, die dann allerdings weitgehend in ausländische Interessenblöcke eingebunden sind. Das Land bzw. die neu entstehenden Länder werden zu Rohstofflieferanten für die hochindustrialisierte Welt, bestenfalls auch noch zu verlängerten Werkbänken. Es ist dies übrigens ein, unter den gegebenen Bedingungen, auch durch das Wertgesetz vorprogrammierter Prozeß.⁶ Die Länder der Sowjetunion werden sich auf ihre eigene Kraft besitzen und technischen Hochstand auch in der Produktion entwickeln müssen, wie Japan oder die "kleinen asiatischen Tiger", Taiwan, Südkorea, Singapur, wenn sie nicht nur unabhängig, sondern auf dem Weltmarkt auch selbständig handlungsfähig werden wollen.

aber unerfindlich, warum das System an Entwicklungsgrenzen stossen sollte, solange es relativen Mehrwert erzeugen und seine Erzeugung sogar noch steigern kann.

⁶ Es ist an sich etwas anrühlich, wenn man sich selbst als Quelle benennt. Da ich in dem angebenen Artikel aber eine Entdeckung von Franz Conrad erläutere, die mir wichtig erscheint, sei hier darauf hingewiesen. Vgl. also R. Katzenstein, *Zivilisieren wir die Marktwirtschaft*, Konsequent, Sonderband 8, Berlin (West) 1989.